

„Bürokratiemonster“: Firmen sauer über Baumliste und Beschäftigungsverbot

Alle reden von Bürokratieabbau. Jetzt hat der Wirtschaftsrat in Sachsen Unternehmen befragt, wo der Schuh konkret drückt. 109 Rechtsvorgaben wurden benannt, die zu Belastungen führen.

Von Andreas Dunte

Leipzig. Man wolle nicht meckern, sondern machen: Deshalb ist der Wirtschaftsrat der CDU in Sachsen beim Bürokratieabbau jetzt konkret geworden und hat seine Mitgliedsunternehmen gefragt, welche Gesetze und Verordnungen aus ihrer Sicht unbedingt einfacher oder abgeschafft werden müssen.

„Die Firmen haben 109 Rechtsvorgaben benannt, die zu administrativen oder finanziellen Belastungen für die Wirtschaft führen“, sagt Landesgeschäftsführer Dino Uhle. „Hierzu zählen sowohl unmittelbar die Gesetze aus europäischem und deutschem Recht als auch die Aufwendungen zur Erfüllung bürokratischer Pflichten.“ Zahlreiche Berichtsanforderungen, Verordnungen, Gesetze und Regelungen müssen verschlankt oder gänzlich abgeschafft werden, so sein Fazit.

So mache der Bauwirtschaft in Sachsen eine Vielzahl an Vorschriften zu schaffen. Stichwort Umweltverträglichkeitsprüfungen. „Diese Belange sind zwar wichtig für unsere Zukunft, jedoch sind Zeit und Aufwand in der Genehmigungsphase bei Vogelschutzrichtlinien, Eingriffsausgleichsregelungen oder Genehmigungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz im Vorfeld nahezu nicht zu bewerten.“

Gleiches gelte auch für die neue Begründungssatzung der Stadt Leipzig mit 20 Seiten Paragraphen sowie mit einer 15-seitigen Baumliste. Was ursprünglich als Leitfaden für die ökologischen Planungsgrundsätze gedacht war, ist aus Sicht Uhles zu einem Bürokratiemonster herangewachsen.

So fordere man beispielsweise für innerstädtische Bauvorhaben die Berücksichtigung aller Belange für Bäume, Sträucher, Pflanzabstände, Fassadenbegrünung, Dachbegrünung, Ökopflaster für Parkplätze, Fahrradstellplätze, Lagerflächen, Dachflächen, Fassadenstreifen ein. Das sei kaum noch zu stemmen, belaste die Firmen personell und zeitlich in nicht mehr vertretbarem Maße.

Kritisiert wird ferner, dass das Asylgesetz ein sechsmonatiges Beschäftigungsverbot von Asylbewerbern vorschreibt, die in einer Aufnahmeeinrichtung leben. Das brem-



Ein Stapel Akten liegt auf einem Schreibtisch in einer Behörde. Die außerfernde Bürokratie macht Firmen in Sachsen immer mehr zu schaffen. FOTO: PATRICK PLEUL



Den Speck, den der Staat über die Jahre angesetzt hat, den bauen jetzt immer mehr auch die Firmen auf.

Jens-Uwe Meyer
Innolytics-Chef

se die Firmen bei der Einstellung von Arbeitskräften und behindere die Integration von Asylbewerbern.

Und noch ein Beispiel: Kaum ein gutes Haar lassen die befragten Unternehmen am Lieferkettengesetz, das gut gedacht sei, aber vom Staat unsinnig verkompliziert werde. So kämen etwa auf Hersteller

von landwirtschaftlichen Produkten immer neue bürokratische Auflagen zu, etwa die Dokumentation von Futtermitteln. Das könnten sie nicht leisten.

Die Umfrage wurde gemeinsam mit dem auf Künstliche Intelligenz (KI) spezialisierten Mitgliedsunternehmen Innolytics AG Leipzig ausgewertet. „Wir haben keine Fragen mit drei oder vier Antwortmöglichkeiten vorgegeben wie in vielen anderen Umfragen üblich“, erklärt Innolytics-Chef Jens-Uwe Meyer. „Wir haben die Verantwortlichen aus den Firmen reden lassen und aus den Antworten Muster abgeleitet.“ Das sei zwar zeitaufwendig gewesen, habe sich aber gelohnt, so Meyer.

Um die von der Bürokratie aufgebürdeten Lasten tragen zu können, würden die Firmen immer mehr Personal einstellen, Leute umschulen und neue Prozesse im Unternehmen einführen. „Den Speck, den der Staat über die Jahre angesetzt hat, den bauen jetzt immer mehr auch

die Firmen auf. Dabei wollen sie nur eins: produzieren oder den Leuten Leistungen anbieten, um sie glücklich zu machen. Doch daran werden sie gehindert.“

Man wolle wie bereits erwähnt aber nicht meckern, sondern machen. Also nicht nur Probleme benennen, sondern Lösungen anbieten. Deshalb wurden aus den Antworten der Unternehmer mehrere Handlungsempfehlungen an die neue Landesregierung herausgefiltert.

Wichtigster Punkt: Gesetze sollten sich leicht umsetzen lassen. Das setze voraus, so Uhle und Meyer, dass sie leicht und schnell verstanden werden. Aktuell sei der Aufwand für die Interpretation von Gesetzestexten unverhältnismäßig hoch.

Um hier Abhilfe zu schaffen, sollten Gesetzestexte mit klaren und einheitlichen Anleitungen für Unternehmen versehen werden. Dabei müsse der Landesgesetzgeber verstärkt auf Ideen aus der Wirt-

schaft setzen. Zwölf Gesetze und Verordnungen hat der sächsische Wirtschaftsrat als die größten bürokratischen Wachstumsbremsen ausgemacht. Darunter sind die Sächsische Bauordnung, das Sächsische Wassergesetz, das Hinweisgeberschutzgesetz, die EU-Nachhaltigkeitsrichtlinie – CSR-Richtlinie und das Energieeffizienzgesetz.

„Zu Beginn der neuen Legislaturperiode in Sachsen besteht die besondere Chance, den Bürokratieabbau ernsthaft und pragmatisch – unter Einsatz digitaler Technologien – umzusetzen“, so Uhle.

Der Wirtschaftsrat wolle gemeinsam mit der sächsischen Landespolitik diesen Moment nutzen, um den Unternehmen durch schlanke Prozesse und digitale Lösungen die notwendige Freiheit zu geben, zu wachsen und für Innovationen zu sorgen. Zugleich fordere man die Landesregierung auf, sich auch auf Bundes- und Europa-Ebene dafür einzusetzen, Bürokratie abzubauen.

Teilauto hat in Mitteldeutschland 14 Prozent mehr Nutzer

Leipzig. Die Zahl der Carsharing-Nutzer in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wächst. Wie der Bundesverband Carsharing mitteilt, bieten mittlerweile fast 1400 Kommunen in Deutschland Carsharing an – Tendenz steigend.

Der in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am weitesten verbreitete Anbieter Teilauto verzeichnete nach eigenen Angaben zu Jahresbeginn 88.000 registrierte Nutzer – ein

Plus von mehr als 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Einschließlich der sogenannten „City Flitzer“ in Leipzig-Fahrzeuge, die ohne feste Stationen innerhalb der Stadt genutzt werden können – sind es laut Teilauto inzwischen 11.000 Kundinnen und Kunden mehr als vor einem Jahr.

Auch die Fahrzeugflotte wuchs: Teilauto meldet einen Zuwachs von 250 auf rund 2050 Fahrzeuge. Gut die Hälfte der Neuzugänge seien Elektro-

autos, deren Anteil inzwischen bei 17,5 Prozent liegt.

Zudem wurde das Stationsnetz um 100 neue Standorte erweitert. Insgesamt betreibt Teilauto mittlerweile 980 feste Carsharing-Stationen. „2025 wird es in Mitteldeutschland absehbar über 1000 Fahrzeugstandorte geben, an denen mindestens ein Carsharing-Auto rund um die Uhr zur Verfügung steht“, sagte der kaufmännische Geschäftsführer, Michael Creutzer. Die

Zusammenarbeit mit Kommunen werde stetig ausgebaut.

Leipzig bleibt mit 42.400 Fahrberechtigten der größte Teilauto-Standort in Sachsen – ein Plus von 15 Prozent. In Dresden führen zum Jahresbeginn 23.300 Menschen mit dem Anbieter (plus 14 Prozent), Chemnitz verzeichnete mit 1900 Nutzenden das größte Wachstum von 19 Prozent.

In Sachsen-Anhalt führt Halle mit 4500 Fahrberechtigten (plus 12 Pro-

zent) das Carsharing-Angebot an. Magdeburg folgt mit 2100 Nutzenden (plus 17 Prozent). Kleinere Standorte bestehen unter anderem in Dessau-Roßlau, Merseburg und Wittenberg.

Auch in Thüringen wächst die Nachfrage: Erfurt liegt mit 4800 Nutzenden (plus 9 Prozent) an der Spitze, gefolgt von Jena mit 4100 (plus 17 Prozent). Weimar konnte mit aktuell 1900 Fahrberechtigten (plus 12 Prozent) ebenfalls weiter zulegen.

Abhörzentrum ostdeutscher Länder verzögert sich

Der Dienstleister für die Polizei der ostdeutschen Länder sollte eigentlich schon arbeiten. Aber er kommt nicht in die Gänge.

Von Jörg Schurig
und Simone Rothe

Dresden. Der Betrieb des gemeinsamen Abhörzentrums der Polizei in fünf ostdeutschen Ländern wird sich „voraussichtlich um mehrere Jahre verzögern“. Das geht aus der Antwort des sächsischen Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage von Linke-Politiker Rico Gebhardt hervor. Ursprünglich sollte das „Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrums (GKDZ)“ mit Sitz in Leipzig 2024 betriebsbereit sein.

An dem Projekt beteiligt sind Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Das Innenministerium in Dresden gab vor allem Schwierigkeiten bei der Programmierung des TKÜ-

Systems sowie personelle Probleme bei der beauftragten Firma an. TKÜ steht für Telekommunikationsüber-

wachung. Wegen starken Wettbewerbs auf dem IT-Arbeitsmarkt habe das beauftragte Unternehmen

die personellen Probleme nicht kurzfristig ausgleichen können.

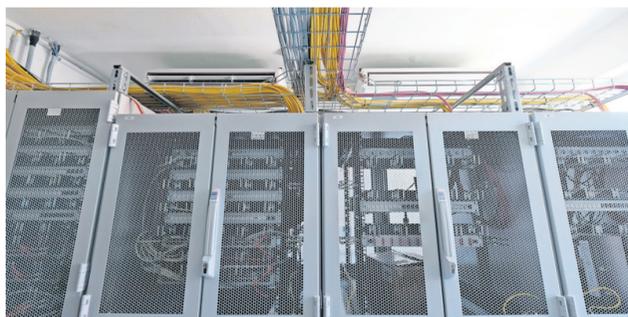
„Alle Parteien arbeiten intensiv daran, den Verzug zu minimieren und den Wirkbetrieb schnellstmöglich zu erreichen. Gegenwärtig macht das Unternehmen gute Fortschritte. In Kürze wird eine Referenzanlage geliefert, sodass mit den Softwaretests begonnen werden kann“, hieß es in der Antwort des Innenministeriums.

Nach Ansicht von Gebhardt könnte das „bislang nutzlose Großprojekt noch für unabsehbare Zeit dahinsiechen“. Immerhin habe man „Vertragsstrafen und Schadensersatzansprüche in enger Abstimmung mit den beteiligten Trägerländern außergerichtlich durchgesetzt“, womit die laufenden Kosten refinanziert würden, zitierte Geb-

hardt aus der Antwort des Ministeriums.

Das Abhörzentrum, das Dienstleistungen für die Polizeien der fünf Länder bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität erbringen soll, war bereits 2017 per Staatsvertrag auf den Weg gebracht worden. Damals wurden die Kosten auf etwa 16 Millionen Euro geschätzt. Laut sächsischem Innenministerium hatte das GKDZ Anfang dieses Jahres 23 Beschäftigte. Später sollen es etwa 40 sein.

Die Polizei darf eine Telekommunikationsüberwachung nur zur Aufklärung schwerer Verbrechen einsetzen – etwa bei Mord oder Terrorverdacht. Dazu können Festnetzanschlüsse oder Handys, aber auch die Kommunikation über Messenger wie Whatsapp angezapft werden.



Blick in einen Serverraum des Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrums (GKDZ) am Standort in Leipzig: Hier sollten seit 2021 Daten zusammenlaufen. FOTO: SEBASTIAN WILLNOW, DPA

Interesse am Programm für Landärzte

Die Zahl der Bewerber übersteigt das Angebot klar.

Dresden. Das Interesse an einem Medizinstudium mit einer anschließenden Karriere als Landarzt in Sachsen hält an. Für jeden der 40 Studienplätze des „Landarztprogramms“ gibt es für das kommende Wintersemester mehr als zwei Interessenten. Insgesamt gingen laut Mitteilung des Sozialministeriums 104 Bewerbungen bei der Landesdirektion ein.

Die Landarztquote wurde 2022 wegen des Ärztemangels in strukturschwachen Regionen eingeführt. Damit ist ein Medizinstudium ohne Einser-Abi möglich, verbunden mit der Verpflichtung zur Hausarztstätigkeit für zehn Jahre nach dem Abschluss und einer Facharzt Ausbildung in einer unterversorgten oder davon bedrohten Region Sachsens.

Sozialministerin Petra Köpping (SPD) erklärte, die Bewerberzahlen zeigten, dass die Landarztquote ein wichtiger Baustein zur Sicherung medizinischer Versorgung im Freistaat sei. Sie sieht in der Entwicklung ein klares Zeichen, dass viele junge Menschen Verantwortung übernehmen wollten und sich eine Hausarztstätigkeit auf dem Lande vorstellen könnten. „Das ist ein wichtiges Signal für die Zukunft der medizinischen Versorgung in unserem Freistaat.“

Die Nachfrage nach Medizinstudienplätzen über die Landarztquote überstieg bisher jedes Mal das Angebot - zur Premiere bewarben sich 67 junge Frauen und Männer, in den beiden Runden danach waren es 119 sowie 130.

Weniger Patente angemeldet

Bundesweit rangiert Sachsen auf Rang 7

München/Leipzig. In Sachsen ist die Anzahl der Patentanmeldungen erneut gesunken. Im vergangenen Jahr habe es 543 Anmeldungen gegeben, wie das Deutsche Patent- und Markenamt in München mitteilte. 2022 waren 604 Anmeldungen registriert worden, im Jahr 2019 sogar 668.

Im deutschlandweiten Vergleich liegt der Freistaat aber immer noch auf Rang 7 und belegte damit den Spitzenplatz unter den ostdeutschen Bundesländern. Pro 100.000 Einwohner wurden in Sachsen der Statistik zufolge 13 Patente angemeldet.

Bundesweit waren im Vorjahr 40.064 inländische Patentanmeldungen bei der Münchner Bundesbehörde eingegangen, vier Prozent mehr als 2023. Die meisten Anmeldungen gab es in Baden-Württemberg (15.494), die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern (58).

„Es ist ein gutes Zeichen, dass deutsche Unternehmen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage stark in Forschung und Entwicklung investieren und auf den Schutz ihrer Innovationen setzen“, sagte DPMA-Präsidentin Eva Schewior zu der Jahresbilanz. Die Zahl der Anmeldungen aus dem Ausland hingegen sank um knapp fünf Prozent auf 19.196.

GEWINNZAHLEN

Lotto am Mittwoch
Mittwochslo: 2 - 14 - 26 - 37 - 38 - 46
Supersahl: 2
Spiel 77: 9987368
Super 6: 740615

Eurojackpot
Gewinnzahlen 5 aus 50:
15 - 18 - 22 - 23 - 44

Eurozahlen 2 aus 12: 1 - 11

(alle Angaben ohne Gewähr)